



Tagungsbericht

Integrationsland Deutschland – Wie viel Vielfalt verträgt die Einheit?

Nikolaus Zens

Podiumsdiskussion
der Hanns-Seidel-Stiftung
am 1. April 2008
Konferenzzentrum, München

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir, hinter den Titel des Beitrags das Datum der Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).
In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

„Integration“ ist eine der größten politischen Herausforderungen unserer Zeit. Um Denkanstöße zu geben, wie rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in die deutsche Gesellschaft integriert werden können, und Prämissen zu definieren, die von den Migranten, aber auch von der Aufnahmegesellschaft erfüllt werden müssen, hatte die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung am 1. April 2008 zu Kurzvorträgen und Podiumsdiskussion über die Frage „Wie viel Vielfalt verträgt die Einheit?“ in ihr Münchner Konferenzzentrum geladen.

In seiner Eröffnungsrede betonte **Dr. Peter Witterauf**, Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, die Bedeutung der Integrationsfrage, indem er die Zukunft Deutschlands von einer zufriedenstellenden Beantwortung genau dieser Frage abhängig machte. Er verwies auf die positiven Integrationsentwicklungen, die das gesellschaftliche Leben in Deutschland vielerorts durchaus bereichert hätten. Allerdings, so Witterauf, dürften auch die negativen gesellschaftlichen Entwicklungen, die im Zusammenhang mit Migration und Migranten stattgefunden hätten und stattfänden, nicht zugunsten einer blinden Multikulturalismus-Euphorie ausgeblendet werden. Vor allem in deutschen Großstädten sei eine Segregation der Gesellschaft in einkommens- und kulturhomogene Gruppen respektive Stadtteile zu beobachten. Dieser Bildung von Parallelgesellschaften müsse dringend entgegengesteuert werden. Gerade Menschen mit Migrationshintergrund und einem niedrigen Bildungsniveau könnten sehr leicht von fundamentalen Gruppen für deren Interessen missbraucht werden. Hier müsse Integrationspolitik im Sinne von Bildungspolitik aktiv werden. Dies gelte auch und im Besonderen für kulturell begründete Diskriminierungen. Unter anderem zeige dies die jüngst erschienene Studie des Bundesinnenministeriums „Muslime heute“. Um Integrationsprozesse erfolgreich zu bewältigen, ohne dabei andere Kulturen gänzlich zu verdrängen, sei die Verständigung auf grundsätzliche Werte sowohl in der Gesellschaft selbst als auch mit den Migrationswilligen unbedingt notwendig.

Dr. Stefan Luft, Politikwissenschaftler an der Universität Bremen, eröffnete die Fachdiskussion mit einem Plädoyer für die grundlegende Einigkeit der Rechtsgemeinschaft. Nichtrechtliche Grundsätze hätten in der modernen Gesellschaft ihre Bedeutung eingebüßt. Deshalb könne und müsse von Migranten und Integrierenden die Akzeptanz der gesetzlich festgelegten Ordnung verlangt werden. Staatlich protegierte Heilsvorstellungen, so Luft, führten über kurz oder lang in eine Gesinnungsdiktatur. Diese zu verhindern, sei Aufgabe des freiheitlich-säkularen Rechtsstaats. Das Rechtskonstrukt zu kennen und zu akzeptieren sei Grundlage der modernen Gesellschaft. Der Wissenschaftler sah gerade hier eine Anforderung an Integrationskurse. Der Grund, aus dem die Multi-Kulti-Bewegung letztlich gescheitert sei, sei deren Konzentration auf die Andersartigkeit, auf die Vielfalt, und die fehlende Besinnung auf die Gemeinsamkeiten der Kulturen. Zuwanderer müssten sich eine neue, integrative kulturelle Identität aneignen, um sich in ihrem neuen gesellschaftlichen Umfeld zu Hause zu fühlen. Die Großstädte hätten diese Schmelzofenfunktion weitestgehend verloren. Die Abgrenzung sozial schwacher Gebiete, in denen erfahrungsgemäß die meisten Migranten ihre erste Bleibe fänden, führe zu einer Belastung der Schwächsten mit einer der schwierigsten Aufgaben. Wichtig sei aber auch ein familiärer Integrationsansatz, um eine weitere Segregation von Folgegenerationen zu vermeiden.

Einen Einblick in die aktuelle Realpolitik gewährte **Heinz Buschkowsky**, Bürgermeister von Berlin-Neukölln. Seinen ironisch pointierten Vortrag eröffnete er mit der Feststellung, dass Neukölln die einzige deutsche Stadt sei, die Probleme mit Migranten und undisziplinierten Hauptschülern habe. Ernster fuhr er fort,

dass zwar rund ein Drittel der Bevölkerung Neuköllns einen - überwiegend türkischen - Migrationshintergrund habe, dass aber dennoch die meisten Probleme Neuköllns nicht aus der Vielfalt der Kulturen, sondern aus der Abgrenzung der Migranten resultierten. Der bewusste Rückzug in kulturhomogene Gruppen verhindere Integration generationenübergreifend. Dass sich diese Gruppen am Rande der Gesellschaft meist auf niedrigen Wohlstandsniveaus bewegten, verbreitere zusätzlich den Graben zwischen ihnen und dem wohlhabenden Bildungsbürgertum. Die Verschärfung der Bildungs- und Wohlstandsunterschiede berge die Gefahr einer neuen Klassengesellschaft. Diese Zusammenhänge seien seit den frühen 70er-Jahren bekannt, bisher aber zu wenig beachtet worden. Das deutsche Sozialsystem sei auf die Mentalität der Migranten nicht eingestellt, wie man am Beispiel der Mitnahmeeffekte beim Kindergeld beobachten könne. Die einzige Chance aus dem sich verschärfenden Kreis der Entfremdung herauszutreten, sei eine Reform des Bildungssystems. Dieses müsse durchlässiger und pädagogischer gestaltet werden, um Anreize für jungen Menschen mit familiärem Migrationshintergrund zu schaffen, sich in die Gesellschaft zu integrieren und gemeinsam Wohlstand zu erarbeiten.

Der Direktor der Stiftung Zentrum für Türkeistudien in Essen, **Prof. Dr. Faruk Şen**, charakterisierte die Bundesrepublik als, wenn auch nicht immer offiziell so bezeichnetes, Integrationsland. Auch er räumte die Verfassungstreue als Akzeptanzminimum für Migranten ein. Allerdings sah er die Verfassung nicht kulturell, sondern ausschließlich legislativ begründet. Die Übernahme von „Leitkulturen“ dürfe nicht ausschlaggebend für erfolgreiche Integration sein. Die bewusste Auslebung fremder Kultur dürfe nicht per se als Zeichen von Integrations-Unwilligkeit interpretiert werden. Sprache, auch als Ausdruck der Kultur, sei aber entscheidend für ein lebendiges Miteinander. Şen identifizierte vier Bereiche, die für eine nicht assimilierende Eingliederung notwendig seien. Im Bereich der Bildung sei in Deutschland bereits viel erreicht worden. Dies gelte ebenso im Bereich der Wirtschaft, in der sich viele Migranten, auch als Unternehmer, etabliert hätten. Im Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe seien zwar positive Tendenzen zu erkennen, hier müsse aber sowohl von den Migranten als auch von deutscher Seite noch ein gutes Stück Weges beschritten werden, bis die Identifikation als Deutsche - Şens vierter Indikator - für die Mehrheit der Migranten Teil ihrer eigenen Identität werden könne. Der Träger des deutsch-türkischen Freundschaftspreises 2005 erklärte außerdem fünf Akteure als hauptverantwortlich für eine friedliche Koexistenz: Auf allen drei Ebenen des föderalen Systems müssten die Chancen erfolgreicher Integration thematisiert und Mechanismen für deren Gelingen in Bewegung gesetzt werden; viertens sollten sich die Entsendestaaten aus den innerstaatlichen Prozessen der neuen Heimat ihrer Staatsbürger heraushalten, und fünftens müssten die Migranten selbst sich die Gefahren einer misslungenen Integration vor Augen führen und sich verantwortlich an deren Erfolg beteiligen. Dabei könne auch die stärkere Einbindung türkischer und deutscher Medien behilflich sein.

Die Formulierung des Titels der Veranstaltung drücke die, in breiten Teilen der Gesellschaft verankerte, Sorge um ein Gelingen der Migration aus, so **Dr. Albert Maximilian Schmid**, Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg. In Deutschland gebe es vor allem zwei kulturelle Großgruppen von Zuwanderern. Die eine sei die Gruppe der Migranten aus ehemaligen GUS-Staaten. Zum anderen gebe es eine ungleich größere Zahl türkischer Migranten. Die Assimilation anderer Kulturen sei zu keiner Zeit Ziel der deutschen Integrationspolitik gewesen und werde es auch in Zukunft nicht sein. Problem der aktuellen Integrationspolitik sei eher der Mangel an gemeinsamen Werten der Auf-

nahmegesellschaft als die Unterdrückung fremder Kulturgüter. Die Frage sei also zunächst, welche Werte überhaupt von den Integrationswilligen anerkannt werden müssten. Vielfach behandle die Debatte mit den Migranten-Verbänden auch nicht die Werte an sich, sondern deren gelebtes Bekenntnis. Dies sei vor allem ein Anspruch an die integrierende Gesellschaft. Die Entwicklung von Parallelgesellschaften müsse in jedem Fall verhindert werden. Dies sei auch ein Grund für den Anspruch an nachziehende Ehegatten, die deutsche Sprache in Grundzügen zu beherrschen. Sprache sei nämlich nicht nur technische Verständigungsmöglichkeit, sondern auch ein „Haus des Geistes“, und somit für eine erfolgreiche Integration unverzichtbar.

Jürgen W. Heike, MdL und Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Inneren, betonte, dass die Bundesrepublik seit ihrer Gründung 1949 kein ausländerfeindliches Land sei. Deutschland müsse aber aus den negativen Entwicklungen seiner europäischen Nachbarstaaten lernen und nicht abwarten, bis aufgrund integrationsfeindlicher Segregation französische Verhältnisse Einzug hielten. Die Sprache sei die Voraussetzung für ein erfolgreiches Miteinander. Gleichzeitig sei die „Leitkultur“ in einer Integrationsdebatte nicht diskutabel. Das „christliche Menschenbild“ und „christliche Werte“, wie Beispielsweise die Gleichberechtigung von Mann und Frau, hätten die deutsche Verfassung entscheidend geprägt. Deshalb sei Verfassungstreue ohne Anerkennung dieser Werte nicht möglich. Wer nicht bereit sei, sich in diese Gesellschaft zu integrieren, dürfe auch nicht auf ihre sozialen Sicherungssysteme zurückgreifen. Demzufolge sei eine Einbürgerung der letzte, nicht der erste Schritt im langen Prozess der Integration. Die Aufgabe der deutschen Politik, auch der Integrationspolitik, sei es, die einzigartigen, wertvollen Errungenschaften der westlichen Zivilisation zu bewahren und zu schützen.

Nach den einleitenden Vorträgen eröffnete **Martin Neumeyer**, MdL und Vorsitzender des Arbeitskreises Islam der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, die Podiumsdiskussion mit der Frage an Luft, weshalb heute offener und ehrlicher über die Migrations-Probleme diskutiert werde, als noch vor gut 20 Jahren. Dieser erklärte, dass in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts die Migrations-Debatte stets von der Rückkehrfähigkeit der Migranten in ihren ursprünglichen Kulturkreis geprägt gewesen sei. Deshalb sei jedwede Einschränkung der fremden Kultur verpönt gewesen. Heute wisse man, dass die meisten Migranten längerfristig in Deutschland leben wollten. Daher sei die Anpassung der kulturellen Identität, zu der auch das Erlernen der Sprache gehöre, unbedingt notwendig.

An Herrn Buschkowsky wurde die Frage gestellt, warum die Abgrenzung in kulturell homogene Gruppen und die Abwanderung derjenigen, die den gesellschaftlichen Aufstieg geschafft hätten, so schwer rückgängig zu machen sei. Der Grund für Migration, so seine Antwort, läge doch meistens in der Hoffnung, das eigene Wohlstandsniveau zu steigern. Deshalb sei die Abwanderung der erfolgreichen Einzelpersonen aus den sozial schwachen Stadtteilen ganz selbstverständlich. Man müsse sich aber bemühen, diese Bewegung durch den wiederholten Appell an die persönliche gesellschaftliche Verantwortung abzumildern.

An den Präsidenten des Bundesamtes für Migration erging die Frage, warum es eine Islam-Konferenz gebe, wo es doch um die Integration von Menschen, nicht von Religionen gehe. Er antwortete mit einem Verweis auf die prägende Kraft von Religionen für eine Gesellschaft. Es sei deshalb wichtig, auch und gerade den Islam in das deutsche System weitmöglichst zu integrieren. So sei es besser, is-

lamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen anzubieten, als diesen in ein Schattendasein an unkontrollierbaren Koranschulen zu verbannen.

Den türkischstämmigen Redner auf dem Podium fragte der Moderator, ob die Debatte um Integration im Elfenbeinturm, also an den Betroffenen vorbei, geführt werde. Şen erwiderte, dass die große Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland sich mit dem Thema Integration befasse. Dabei stelle er vor allem fest, dass nicht der Islam als Religion, sondern seine schlechte Einbindung in die deutsche Gesellschaft die Integration von Muslimen behindere. Gleichzeitig sei zu beobachten, dass sich in der Wahrnehmung der türkischstämmigen Migranten die Islamophobie der Deutschen zu einer Türkophobie entwickle. Dieser Entwicklung entgegenzutreten, sei eine große Herausforderung für die türkischen Migranten.

Der letzte Redebeitrag ging an Staatssekretär Heike, der das neue Zuwanderungsgesetz beurteilen sollte. Besonders die Frage, ob es unterschiedliche Klassen von Migranten gebe, interessierte den Moderator. Seine Antwort zielte auf die unterschiedliche kulturelle Herkunft der Migranten ab, von denen manche besser zur neuen Kulturheimat passen würden als andere. Besonders bei Migranten türkischer Herkunft stelle er einen höheren Skeptizismus gegenüber einer Integration fest. Der Islam-Konferenz bescheinigte er nur ein sehr geringes Gewicht, solange es keine einheitliche Vertretung des Islams in Deutschland gebe.

Der Moderator bedankte sich bei den Referenten und beim Publikum für den interessanten Abend und lud alle Interessenten zu einem Stehempfang und weiterem Gedankenaustausch mit den Referenten im Foyer des Konferenzentrums ein.